

Kirchgemeinde
Namen
Adresse/Strasse
PLZ Ort
E-Mail

Ort, Datum

Adressaten:

Herr Bundesrat
Ignazio Cassis
Vorsteher EDA
Bundeshaus
3003 Bern

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher WBF
Bundeshaus
3003 Bern

Zustellen an:
IZA25-28@eda.admin.ch

**Stellungnahme zur Vernehmlassung:
„Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2025-
2028“**

Sehr geehrter Bundesrat Cassis
Sehr geehrter Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Kirchgemeinde setzen wir uns für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weltweit ein. Durch die Zugehörigkeit zur reformierten Kirche sind wir international vernetzt und uns den Herausforderungen des Globalen Südens bewusst. Wir begrüßen deswegen die Möglichkeit einer Stellungnahme zur neuen Strategie zur internationalen Zusammenarbeit 2025-2028 und nutzen diese gerne:

1. Ziele der Schweizer IZA: Halten Sie die vier Entwicklungsziele und die ausgewählten spezifischen Ziele für relevant?

Teilweise: Wir beobachten die zunehmenden humanitären Krisen und die Verlängerung der Dauer von humanitären Einsätzen. Es ist deswegen richtig, zur Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse von Menschen in Not, mehr Gelder zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind wir

besorgt, dass diese finanziellen Mittel auf Kosten der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit umgelagert werden. Einsparungen bei der Entwicklungszusammenarbeit, die mittel- und langfristig zu einem friedlichen, politisch und wirtschaftlich stabilen Umfeld beitragen, führen letztendlich wieder zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen, die in humanitäre Krisen münden. Wir fordern deswegen eine entsprechende Erhöhung der finanziellen Mittel ohne Reduktion der Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit.

In dieser IZA-Strategie wird die Wirtschaftsentwicklung/Zusammenarbeit mit dem Privatsektor als wichtigen Teil der IZA genannt. Uns fehlen dabei die Kriterien, wie eine nachhaltige, menschenrechtsbasierte, soziale und ökologische Wirtschaftsförderung definiert wird, um in den Partnerländern kohärent zu wirken.

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz soll nicht an der Abwehr von Migration oder Schweizer Wirtschaftsinteressen orientiert sein, sondern die Stellung der Zivilbevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort verbessern sowie das Wohlergehen der Länder des Globalen Südens stärken.

Wie bereits vor vier Jahren fordern wir, dass die Überwindung von Armut und Not das oberste Ziel der internationalen Zusammenarbeit sein muss. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine klare Orientierung an der Nachhaltigkeitsagenda der Uno 2030. Wir sind überzeugt, dass nur im Einklang mit diesem Rahmenabkommen der internationalen Staatengemeinschaft die globalen Herausforderungen effizient angepackt werden können.

2. Geographischer Fokus: Halten Sie die vorgeschlagene geographische Fokussierung für sinnvoll?

Ja. Wir erachten den geographischen Fokus der Botschaft 2025-2028 als sinnvoll, jedoch stehen wir der Verteilung der finanziellen Mittel kritisch gegenüber. Mit dem geplanten Rückzug aus Lateinamerika bereits per Ende 2024 wurden Gelder in Aussicht gestellt, die den verbleibenden Schwerpunktregionen und -ländern hätten zugutekommen sollen; dies bildet sich aber in der Strategie 2025-2028 nicht genügend ab.

3. Ukraine: Unterstützen Sie die vorgeschlagene Mittelzuweisung für die Ukraine?

Nein. Rund 1.5 Mrd. Franken sollen für die Ukraine bereitgestellt werden, dies auf Kosten der Arbeit in den bisherigen Einsatzgebieten. Angesichts des Kriegs in der Ukraine, dem Leid der betroffenen Bevölkerungen und der globalen Destabilisierung fordern wir die Erhöhung von finanziellen Mitteln für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine und den Nachbarländern sowie für den Wiederaufbau. Eine Verlagerung der Gelder zur Nothilfe in dieser Region zum Nachteil der internationalen Zusammenarbeit in anderen Regionen, die nach wie vor Unterstützung brauchen, ist unseres Erachtens jedoch unsolidarisch, ungerecht und kurzfristig. Für Massnahmen der Nothilfe, bei akuten Krisen und in Katastrophensituationen gibt es immer die Möglichkeit, mit Nachtragskrediten schnell zu reagieren, ohne das bestehende Budget zu belasten. Dieses Vorgehen sollte in Zukunft für die Finanzierung von akuten Krisen angewendet werden, damit die restliche IZA nicht unter unvorhergesehenen Krisen Kürzungen der Mittel erleiden muss und ihr Budget destabilisiert wird.

Kommentar zur Mittelverteilung

Wir beobachten eine schleichende Verlagerung von Geldern der IZA hin zu Massnahmen des Klimaschutzes. Statt grundsätzliche wirtschaftliche Veränderungen zu fordern, die Klimaschädlichkeit konsequent mit einem Preis zu belegen und ökologische Schäden gar nicht mehr zuzulassen, werden Gelder der IZA zur Linderung negativer Effekte des Klimawandels eingesetzt, die dann für Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der umfassenden Agenda 2030 fehlen. Die reichen Länder des Westens haben eine grosse gemeinsame Verantwortung, die Ziele des Pariser Klimaabkommens in internationaler Kooperation zu erreichen, ohne dass dies zu Lasten des Budgets der IZA geht. Die entsprechenden klimabezogenen Aussagen in der Strategie sind auf diese Verpflichtung hin zu befragen. (Siehe dazu die entsprechende Aussage S.13 Botschaftstext, dass die Sicherung der Nachhaltigkeit globaler öffentlicher Güter Mandat und Kapazitäten der IZA übersteigt).

Grundsätzlich stellt sich uns bei der Verteilung der finanziellen Mittel die Frage, ob nicht ein grösserer Anteil als nur der geplanten 2.4% für die Arbeit Frieden und menschliche Sicherheit eingesetzt werden sollte, damit die Schweiz im Bereich Frieden weltweit mehr wirken könnte.

In der Botschaft 2021-2024 sah der Bundesrat eine Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe von 0.45 Prozent (abzüglich der Asylkosten 0.40 Prozent) des Bruttonationaleinkommens (BNE) vor. Schon vor vier Jahren haben wir festgehalten, dass diese Finanzierung in Anbetracht der gesetzten Ziele ungenügend ist. Mit Besorgnis lesen wir in den Erläuterungen zur Botschaft 2025-2028, dass für den erwähnten Zeitraum mit einer Quote von 0.42 Prozent, abzüglich der Asylkosten mit einer Quote von 0.36 Prozent des BNE, zu rechnen ist. Diese Reduktion beläuft sich auf 10% der Mittel und geht in die falsche Richtung. Die Absenkung der Quote widerspricht zudem dem international wiederholt gegebenen Versprechen, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0.5% des BNE zu erhöhen und sie weicht von dem entsprechenden Beschluss des Parlamentes von Februar 2011 ab.

Wir ermutigen den Bundesrat die APD schrittweise bis Ende 2028 mindestens auf 0,5% des BNE (ohne Asylkosten) zu erhöhen. Als Kirche fordern wir jedoch nach wie vor eine Quote von 0,7% des BNE, um auch im Rahmen der IZA einen relevanten Beitrag zur Agenda 2030 zu leisten.

Als Kirche stehen wir ebenfalls in der Verantwortung und bemühen uns, 5% unserer Bruttosteuerereinnahmen für die internationale Zusammenarbeit einzusetzen.

Lassen Sie uns als eines der reichsten Länder der Welt angemessen für Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit einstehen.

Freundliche Grüsse

Kirchgemeinde

Unterschrift(en)